JÜDISCHE PRESSZENTRALE ZÜRICH

ZENTRALINFORMATIONSSTELLE FÜR DAS GESAMTE JÜDISCHE PRESSEWESEN

KORRESPONDENTEN
IN ALLEN JÜDISCHEN ZENTREN

JEWISH PRESS
NEWS ASSOCIATION

REDAKTION UND VERLAG:
OSCAR GRÜN



TELEGRAMM-ADRESSE:
„PRESSCENTRA ZÜRICH"

BUREAU CENTRAL
DE LA PRESSE JUIVE

ZÜRICH, SCHWEIZERGASSE 10
TEL.: SELNAU 32 51

Nummer 15	19. Februar 1919	י"ט אדר א' תרע"ט	Preis 25 Cts.

Abdruck gegen Quellenangabe

Syrien und Palästina.

Paris. 14. Februar (Havas.) *Chekri-Ganem* setzte im Namen der syrischen und libanonischen Kolonien Europas, der beiden Amerika, Australiens, Aegyptens und des übrigen Afrikas, im Namen von 200,000 Männern der Friedenskonferenz die *syrischen Forderungen* auseinander. Er forderte die Unabhängigkeit Syriens, dessen Nationalität sich scharf und augenfällig abhebt. Das nach Unabhängigkeit strebende Syrien ist, obschon es hoch entwickelt ist, der Ansicht, es brauche eine freundschaftliche Vormundschaft in dem Augenblicke, wo es von der Unterdrückung befreit wird. Er verlangt von der Friedenskonferenz, dass Frankreich diesen Freundschaftsdienst übernimmt. Die libanonische Delegation ist der gleichen Ansicht. Der Direktor des amerikanischen Kollegiums in Beiruth, *General Bliss*, schlug die Entsendung einer Mission nach Syrien zur Orientierung über die Gefühle der Bevölkerung vor.

— Die „Zürcher Post" vom 14. Febr. 1919 berichtet aus Paris: Der Rat der Zehn nahm heute den Vortrag einer syrischen Delegation unter Führung von Howar *Bliss*, Direktor der amerikanischen Republik in Beirut entgegen. Ferner hörte der Rat eine Nationalkommission des Libanon an, der die Unabhängigkeit des Libanon nach Massgabe seiner natürlichen Grenzen in Anspruch nimmt. In der Frage des Libanon bestehen zwischen der englischen und französischen Regierung keine Meinungsverschiedenheiten, da beide Regierungen Wünsche der in Frage stehenden Völkerschaften anerkennen. Für Palästina scheint es, dass in diplomatischen Kreisen die Auffassung besteht, die Christen, Juden und Mohammedaner des Landes bei völliger religiöser und politischer Freiheit unter das Protektorat der Grossmächte zu stellen. Die Gründung eines Judenstaates in Palästina käme sonach nicht in Betracht.

— Der Berner Berichterstatter des „Az Ujság" meldet telegraphisch: Die zwischen England und Frankreich abgeschlossenen Verträge über Syrien, die für Frankreich günstig sind, verursachen in London grosses Unbehagen. Die englische Presse fordert, dass sämtliche Geheimverträge, die während des Krieges abgeschlossen wurden, infolgedessen auch die Geheimverträge betreffend Palästina revidiert werden. Palästina ist unter anderer als englischer Verwaltung gänzlich lebensunfähig. Nach den gegenwärtigen Verträgen verwaltet Frankreich Nordgaliläa und der Araberkönig des Hedschas das ganze transjordanische Gebiet und Südpalästina, so dass Palästina vom Meere und auch von Aegypten abgeschlossen wäre.

— Die „Times" meldet aus dem Haag: Der Vertreter der arabischen Staatsforderungen bei der Friedenskonferenz Emir Feysul erklärte, dass die Zukunft der neuen Staaten im Orient in grossem Masse von der Entwicklung der arabisch-jüdischen Beziehungen abhänge.

— Die „Wiener jüdische Morgenpost" schreibt: „Ein Freund unseres Blattes, der in Friedenszeiten Beziehungen zu massgebenden Kreisen Englands hatte, teilt uns ein Gespräch mit dem Führer der englischen Kommission für Polen Major B. mit, worin dieser erklärt, dass er bei seiner Durchreise durch Paris von informierten, der Regierung nahestehenden Kreisen, die Versicherung erhalten hat, dass es an der Friedenskonferenz wegen Palästina zu einer vollständigen Einigung zwischen Frankreich und England gekommen sei. Die Franzosen erklären sich für nicht direkt interessiert an der Zukunft Palästinas, das ein freier, unabhängiger Staat unter englischem Protektorat werden solle.

Major B. äussert sich auch wegen seiner Mission in Polen und erklärte, dass man in England von der schweren Schuld der polnischen Pogromhelden fest überzeugt sei und dass der organisierte polnische Lügenfeldzug sein Ziel vollständig verfehlt habe. Major B. ist ein persönlicher Freund vieler Führer der englischen zionistischen Organisation.

Frankreich erklärt sein Desinteressement an Syrien.

Laut New Yorker „Wahrheit" hat die französische militärische Kommission in Amerika offiziell die verschiedenen Gerüchte, wonach Frankreich Syrien unter seinen Schutz nehmen möchte, abgeleugnet. Wie die französische Kommission erklärt, haben sich einige syrische Organisationen in Amerika tatsächlich an die französische Regierung gewandt, sie solle das Protektorat über Syrien übernehmen. Obwohl die französische Regierung an dem Los der Syrer, die in jeder Zeit der Not sich an Frankreich zu wenden pflegten, interessiert ist, hat Frankreich

doch nicht die Absicht, sich in die innern Angelegenheiten Palästinas zu mengen und auf irgendwelche Weise die Bestimmung der Grenzen des jüdischen Staates, zu welchem die Juden historisch berechtigt sind, zu stören. (Morgenpost.)

Die Beschlüsse der Friedenskonferenz.

London. Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Chronicle" meldet, dass die Friedenskonferenz vermutlich beschliessen werde, *die Herrschaft über Palästina Grossbritannien zu übertragen.* Die Juden hätten sehr mässige Ansprüche wegen der Grenzen des neuen Staates gestellt. Sie sind durchaus nicht von dem Verlangen erfüllt, die wohlerworbenen Rechte der Nachbarn anzugreifen. Das Gebiet des neuen Palästina dehne sich unter britischer Flagge an den beiden Ufern des Jordans aus, schliesst aber kein Wüstengebiet in sich. Es hält sich an den Lauf der Hedschabahn. Bei Anerkennung der arabischen Rechte schliesst es auch nicht Damaskus ein, das als Hauptstadt Arabiens anerkannt wird. Es ist also das alte historische Palästina mit bestimmten Aenderungen wirtschaftlicher Art, sowie der vollständige Besitz der wichtigsten Wasserwege, was die Juden fordern. Man kann daher annehmen, dass nördlich von Damaskus das französische Protektorat von Syrien in Uebereinstimmung mit den geschichtlichen Forderungen der Franzosen beginnen soll, die diese Schutzherrschaft auf die Kreuzzüge zurückführen, was, in moderner Anwendung, den Schutz der Christen bedeutet.

Gouverneur für Palästina.

Der „Manchester Guardian" vom 11. Febr. enthält einen Bericht seines Londoner Korrespondenten über die Besprechungen der Regierung mit massgebenden Politikern betr. die Frage des Gouverneurs für Palästina. Wahrscheinlich wird General *Allenby* ernannt werden, der bekanntlich für ein jüdisches Palästina eintritt. Sollte Mesopotamien und Palästina gemeinsam einem Gouverneur unterstellt werden, so dürfte Sir *Herbert Samuel* zum Gouverneur-Stellvertretter für Palästina vorgeschlagen werden. Morgenzeitung.)

Deutsche Stimmen zur Judenfrage.

Im Berliner „Tag" vom 12. Februar 1919 veröffentlicht *Prof. Sobernheim*, Dezernent für jüdische Angelegenheiten bei der Deutschen Regierung, einen längeren Artikel über die Judenfrage, worin es u. a. heisst: Im Laufe dieser Kriegsjahre ist die Bedeutung der jüdischen Frage zum Bewusstsein der internationalen Oeffentlichkeit gelangt, und durch eine äusserst energische und erfolgreich geführte Politik haben es die politischen Führer des Judentums, vor allem der zionistischen Organisation, verstanden, das Interesse auf die jüdischen Probleme zu lenken. Nach den Meldungen der letzten Wochen scheint es festzustehen, dass tatsächlich an der Friedenskonferenz das Ideal der Zionisten verwirklicht und *ein jüdisches Palästina* geschaffen werden wird; in welchen Formen dies geschehen wird, lässt sich noch nicht übersehen. Neben Palästina verlangen die Juden noch vor der Friedenskonferenz Gewährung der nationalen Autonomie für die Judenheit des Ostens und international gesicherte Gleichberechtigung der Juden in allen Ländern der Welt. Mit der Aufstellung dieser Forderungen und ihrer Anerkennung durch die Weltmächte ist das *Judentum als ein weltpolitischer Faktor anerkannt worden.* Auf der Friedenskonferenz wird sich auch eine Vertretung des jüdischen Volkes befinden und für die Zukunft wird es eine besondere jüdische Politik geben, wird ein jüdischer Faktor in der Weltpolitik existieren.

Für *Deutschland* und die deutsche Politik besteht die *Notwendigkeit mit dieser Tatsache zu rechnen* und zu ihr Stellung zu nehmen. Es ist nötig, dass *Deutschland* zu den jüdisch-politischen Forderungen Stellung nimmt und sie *ebenfalls anerkennt.* Die Juden in Palästina werden für die Belebung des vordern Orients ein wichtiger Faktor sein, und durch den Umstand, dass ein grosser Teil der Juden die deutsche Sprache und Kultur beherrscht, werden sie auch besonders für die Aufnahme wirtschaftlicher Beziehungen zwischen Deutschland und Vorder-Asien wertvoll werden.

— Das offiziöse Organ der deutschen Regierung, die „Deutsche (früher Norddeutsche) Allgemeine Zeitung" nimmt in ihrer Morgenausgabe vom 30. Jan. in einem, „Die Judenfrage vor der Friedenskonferenz" überschriebenen Artikel Stellung zu den Ansprüchen, die das jüdische Volk heute in Paris erhebt. *Der Aufsatz stimmt den Forderungen der Zionisten ganz zu und weist auf die Wichtigkeit der Unterstützung seitens Deutschlands hin.* Es sei notwendig, dass auch die deutsche Oeffentlichkeit sich mit den jüdischen Forderungen beschäftige, da naturgemäss auch für Deutschland die Haltung des Judentums von Bedeutung ist, ganz besonders für die nächste Zukunft, wo es die wichtigste Aufgabe der deutschen Politik sein muss, wieder internationale Beziehungen herzustellen. Von allen internationalen Verbänden ist die zionistische Weltorganisation die einzige, die im Kriege ihre Einheitlichkeit aufrecht zu erhalten gewusst hat.

Die Novemberpogrome in Polen.

Die „Times" veröffentlicht einen Bericht des *englischen Spezialkommissärs über die polnischen Pogrome.* Darnach begann die judenfeindliche Bewegung in Galizien *unmittelbar nach Auflösung der oesterreichisch-ungarischen Monarchie* und griff nach Polen über. Die in Krakau mit Zustimmung des Liquidationskommitee gegründete jüdische Miliz von 1000 Mann wurde vom Legionskommandanten Roja entwaffnet und aufgelöst. Nirgends wurde den Juden gestattet sich zu bewaffnen oder in die allgemeine Miliz einzutreten. Im November fanden ungefähr 110 Pogrome statt, an denen sich *die Legionäre* entweder beteiligten oder zusahen. Nach dem *Lemberger* Pogrom waren die bedeutendsten die Pogrome in *Przemysl, Kielce, Brzesko* und *Chrzanow.* Der Pogrom in Przemysl begann am 11. November, unmittelbar nach der Einnahme durch die Polen. Die Legionäre beteiligten sich an den Plünderungen und Misshandlungen. Oberst *Tokarzewski* verlangte von den Juden ein Lösegeld von drei Millionen Kronen. In *Kielce* wurde der

Pogrom vom *stellvertretenden Milizkommandanten organisiert*, wobei es 4 Tote und 25 Verwundete gab. Auch in Brzesko gab es Verwundete und Tote sowie Brandstiftungen. In Chyrow wurden hundert jüdische Mädchen und Frauen bis zu einem Alter von 70 Jahren ihrer Schuhe und Strümpfe beraubt und gezwungen barfuss mit den Soldaten abzuziehen. Während des Marsches warf der Kommandant wiederholt Gewehre in den Fluss und liess sie von den Frauen, die bis zum Halse in das eiskalte Wasser hineinwatten mussten, herausholen. In Rzeszow wurden alle Juden, die eine Reiseerlaubnis erbaten, beraubt und ausgepeitscht. In Ustrzyki Dolne wurden die Juden von den Legionären gezwungen 150 000 Kronen zu zahlen. In Wisnicz wurden alle männlichen Juden zwischen 12 und 72 Jahren auf Befehl des Legionskommandanten *öffentlich ausgepeitscht.*

Im polnisch-litauischen Grenzort Lapy wurde unter dem Vorwand der Grenzkontrolle zur Verhaftung, Misshandlung und Beraubung der Juden geschritten. Besondere Brutalitäten wurden in Komarowka und Przegaliny (nahe Biala) verübt. Die Juden und Jüdinnen wurden durch neun Tage täglich ausgepeitscht und mussten ausserdem für jeden Peitschenhieb 2 Rubel zahlen. In Przegaliny erhielten die Juden am ersten Tage 100 Schläge, an den folgenden Tagen 10 Schläge. Vier Soldaten schlugen, je einer sass auf dem Kopf und den Füssen des Opfers. Nach jedem Schlag mussten die Opfer *„Dank Euer Gnaden“* sagen. Schliesslich kauften sich die Juden, nachdem die Mädchen von den Soldaten vergewaltigt worden waren, mit 18 000 Kronen los.

Pogrom in Wieliczka.

— Der Wiener Jüdische Nationalrat meldet: Am 4. Februar fanden in *Wieliczka* (bei Krakau) grosse Judenexzesse statt, die den ganzen Tag hindurch fortdauerten. Rekruten aus Wieliczka und Umgebung, welche vor der Assentkommission erschienen, glaubten ihrer patriotischen Pflicht durch Judenexzesse am besten genügen zu können und fielen über jeden Juden, der sich auf der Strasse zeigte her, und raubten und prügelten jüdische Passanten. Ein alter Mann wurde völlig entkleidet und derart geschlagen, dass er mit dem Tode ringt. Einem andern verbrannten sie Gesicht und Augen mittels einer Lauge, die sie auf ihn schütteten. Als ihnen das alles zu gering schien, begannen sie jüdische Läden zu berauben und zu plündern. Das ganze spielte sich am hellichten Tage unter den Augen der Hüter der Ordnung ab, welche nicht einmal versuchten zu Gunsten der Opfer einzutreten. Nach Plünderung der Geschäftslokale suchten sie die jüdischen Häuser auf und raubten Geld und Wertsachen, wobei sie die Einwohner aufs ärgste beschimpften und schlugen. Nachmittags zählte man bereits 11 Verwundete, darunter die meisten schwer verletzt. Nach unzähligen Interventionen erschienen militärische Patrouillen, welche aber nicht energisch einschreiten konnten, weil man, wie sie erklärten, ihnen keinen Befehl zu handeln erteilt hat. Die Telegraphenlinie Wielizka-Krakau war für die Juden den ganzen Tag gesperrt, sodass man in Krakau, eine Stunde vom Tatorte, erst einen Tag später Kenntnis von den Vorfällen erhielt.

103 Millionen Schaden.

Laut einer offiziellen Statistik, die von dem jüdischen Komitee in Lemberg aufgestellt wurde, sind beim Lemberger Pogrom getötet worden: 36 Kaufleute, 11 Handwerker, 22 Berufslose, 2 Angehörige der Intelligenz, 2 deren Beruf unbekannt ist, zusammen 73 Personen. Verwundet wurden 124 Kaufleute, 26 Handwerker, 5 Arbeiter, 11 Handelsgehilfen, 2 Agenten, 1 Hausierer, Privatiers und Kinder 271.

Der materielle Schaden, der durch Brand, Raub und Plünderung entstanden ist, beträgt gegen 103 Millionen. Die folgende statistische Tabelle beweist, wie genau die Kommission gearbeitet hat, um den Schaden abzuschätzen. Geraubt, verbrannt und vernichtet wurden

an Bargeld	11,172,797
an Wertsachen, Effekten und Schmuck	6,442,980
Möbel	4,082,036
Bettzeug, Kleider und Wäsche . . .	18,534,828
Waren	55,070,450
Werkstätten	1,092,450
Häuser	6,591,298
	102,986,839

Die „Times“ über die Pogrome.

Die „Times“ veröffentlicht den ersten Eigenbericht über die polnischen Pogrome. In diesem Bericht wird einwandfrei festgestellt, dass *die Militär- und Zivilbehörden* die Anstifter der Pogrome unterstützten. Im ganzen fanden im Monat November *Pogrome in 110 Orten* statt. In *Kielce* wurden vier Juden getötet, 250 verwundet; in einem Ort wurden die Jüdinnen gezwungen, bis zum Halse durch eiskaltes Wasser zu gehen; in Mjanize und Lapy liess der Kommandant öffentlich 132 Juden peitschen. Die „Times“ erhebt schwere Vorwürfe gegen die Polen und tadelt auch England, weil es sich der Juden nicht mit genügendem Nachdruck angenommen habe. Der Völkerbund sei verantwortlich für seine Schützlinge und habe von Staaten, welche er gegen äussere Feinde beschützt, volle Gerechtigkeit zu forden.

Pogrome in der Ukraine.

Das „Jüdische Korrespondenzbureau Zürich“ berichtet: Es wird immer klarer, dass die jetzige ukrainische Regierung nicht die Macht besitzt, ihr neulich den Juden gegebenes, feierliches Versprechen, mit aller Kraft gegen die weitere Verbreitung von Pogromen anzukämpfen, auch wirklich durchzuführen. Nach den Meldungen der Kiewer „Neuen Zeit“ breitet sich die Pogromwelle immer weiter aus. Schreckliche Pogrome fanden in *Lemtschew, Pilstin, Bobrinskaja, Smila, Olewsk, Tschernigow, Owrutsch, Pawlograd, Jekaterinoslaw* statt. Soldaten und Offiziere waren die Anstifter und tätigen Elemente bei diesen Exzessen, die an tierischer Rohheit und Grausamkeit kaum hinter den polnischen Pogromen zurückstehen. Auch in *Strjy*

(Galizien) sollen die Ukrainer mit Raub und Plünderung fürchterlich hausen. Alle Proteste des Jüdischen Nationalrates bleiben wirkungslos.

— Laut „Moment“ wiederholten sich in Gitomir die Judenpogrome.

Freigabe der zionistischen Geiseln in Polen.

Den von den Polen internierten zionistischen Geiseln, Dr. *Reich*, Dr. *Ringel*, Dr. *Hausmann* u. *Tennenblatt* wurde vom polnischen Oberkommando die Reise zur Londoner Zionistischen Konferenz bewilligt. Sie sind bereits in Wien eingetroffen.

Kein Weg über Fiume nach Palästina.

Der jugoslavische Zionistenverband in Agram ersuchte den jüdischen Nationalrat für Deutsch-Oesterreich in Wien mit allen Geboten und Mitteln dahin zu wirken, dass den absolut erfolglosen Auswanderungsgesuchen nach Palästina bis auf weiteres unbedingt Einhalt geboten werde, da die italienische Okkupationsbehörde in Fiume prinzipiell keine Erlaubnis zur Weiterfahrt erteile.

Eröffnungssitzung der polnischen Konstituante.

Warschau. Die Eröffnungssitzung der polnischen Konstituante hat stattgefunden. Dr. Thon (Krakau) beantragte, dass den jüdischen Abgeordneten eine Vertretung im Seniorenkonvent zuerkannt werde. Rabbiner Halpern (Lodz) unterstützte diese Forderung. Es wurde jedoch beschlossen, dass die Mindestzahl der Abgeordneten, welche einen Klub bilden können, 12 beträgt. Dadurch werden die Juden vom Einfluss auf die Geschäftsführung und wahrscheinlich auch von der Teilnahme an den meisten Debatten ausgeschlossen bleiben; sie werden gezwungen sein bei einem andern Klub zu hospitieren um doch zum Wort zu gelangen. Dr. Thon ist bemüht, einen Zusammenschluss der jüdischen Abgeordneten zwecks Gründung einer Vereinigung herbeizuführen. Vorderhand verhalten sich die Volkisten dazu noch ablehnend. Bisher sind 9 jüdische Abgeordnete fest gewählt: Grünbaum, Thon, Rosenblatt, Weinzieher (jüdischer Nationalrat), Prilutzki, event., wenn sein Mandat annulliert wird, Nomberg, und Hirschhorn (Volkisten), Halpern, Perlmutter (Orthodox), Dr. Kiper, der an die Stelle des verstorbenen Dr. Max Rosenfeld vorrückt (Poale-Zionist.

Chronik.

Polen.

— Bericht aus Warschau. Die Drangsalierungen der Juden in den jüdischen Vierteln wollen gar nicht aufhören. Nachdem der grosse Erfolg der jüdischen nationalen Parteien bei den Landtagswahlen bekannt worden ist, nahmen die Verfolgungen noch heftigere Formen an. Die Nalewki und ihre Umgebung bilden den Hauptplatz der Ueberfälle und Räubereien. Täglich werden dort Juden ausgeraubt und fürchterlich geschlagen. Die jüdischen Hoteliers auf den Nalewki beklagen sich bitter, dass wegen der Furcht vor Ueberfällen die Zahl der jüdischen Gäste täglich abnehme. Nachts wagt sich kein Jude auf die Strasse, wer Geld bei sich hat, nicht mal bei Tage. Einen jüdischen Kaffeehausbesitzer hat man mitten in der Nacht geweckt und bei ihm Wertsachen für 200,000 Rubel geraubt. Wegen der letzten Vorfälle wollen die Juden sich an der polnischen Staatsanleihe nicht beteiligen. Die Behörden greifen zu Gewaltmitteln um sie dazu zu zwingen. Kein Jude bekommt irgendwelche behördliche Bewilligung bis er nicht nachweist, dass er auf die Anleihe gezeichnet hat. In den Zügen werden die Juden von polnischen Legionären von den Bänken entfernt, um mitfahrenden Nichtjuden Platz zu machen. Selbst Greise werden nicht geschont. Es ist charakteristisch, dass bei den jetzigen Wahlen kein einziger Assimilant durchgedrungen ist. Infolge dieses jüdischen Wahlerfolges ist die Stimmung gegen die jüdische Bevölkerung noch mehr gereizt. Die Juden werden rücksichtslos zu den schwersten Arbeiten gezwungen.

Ein Zirkular des polnischen Ministers des Innern.

Minister *Wojciechowski* sandte an alle Volkskommissäre folgendes Zirkular: „Es wiederholen sich zu häufig Klagen wegen Missbräuchen, die von den administrativen und militärischen Regierungsorganen, wie auch seitens der Zivilbevölkerung an den Juden verübt werden. Ich bin gezwungen zu erinnern, dass die jüdische Bevölkerung dieselben bürgerlichen Rechte wie die eingeborene polnische Bevölkenung besitzt und darf sie nicht Gewalttaten und Missbräuchen ausgesetzt sein. Im freien Polen darf es keine, in Kategorien eingeteilte, Bürger geben. Jeder ist gleich vor dem Gesetz und jeder kann sein Begehren verwirklichen, insofern er nur nicht dadurch den polnischen Staat schädigt. Das polnische Volk, das so viele Jahre unterdrückt war und nicht die Möglichkeit hatte, seinen Willen zu dokumentieren, wird die Freiheit derjenigen, deren Los mit dem seinen verbunden ist, zu schätzen wissen. Polen war ein Symbol der Freiheit und seine Fahne flatterte überall, wo es sich um Freiheit und Unabhängigkeit gehandelt hat, und wird deshalb nicht zulassen, dass seine ruhmvolle und grosse Freiheit befleckt werde. Alle die Schutz und Billigkeit suchen, wird Polen beschirmen.

Ich beantrage deshalb, dass alle willkürlichen Akte und Gewalttaten, die gegen die jüdische Bevölkerung verübt werden, sei es durch administrative Organe, sei es durch Zivilpersonen, ausgeforscht und mit der ganzen Unparteilichkeit und Strenge des Gesetzes bestraft werden. Im freien Polen gibt es keinen Platz für Unrecht, Gewalt und Willkür.“

Leider hat dieser Erlass bisher noch keine Früchte gezeitigt. Die Drangsalierungen nehmen noch fortwährend zu. Trotzdem ist der polnischen Presse auch dieser Erlass ein Dorn im Auge und sie bemerkt, dass er eigentlich nur für das Ausland verfasst sei.

Das jüdische Sicherheitskomitee bei Paderewski.

Ministerpräsident Paderewski empfing eine Deputation des zentralen jüdischen Sicherheitskomitees, bestehend aus den Herren Trusker und Scherschewski. Paderewski drückte seine Zufriedenheit über das Kommen dieser Delegation aus, da die Judenfrage sehr wichtig ist und erklärte sich bestreben zu wollen, dass die jetzt so gespannten jüdisch-polnischen Beziehungen sich bessern möchten und Einigkeit und Frieden zwischen Polen und Juden herrschen möge. Er will dazu mit allen Kräften beitragen. Die Delegation brachte verschiedene Tatsachen über die Drangsalierung der Juden in Warschau vor und Paderewski versprach, dass man dieses alles genau untersuchen und die Schuldigen strenge bestrafen werde.

Zum Schluss erklärte Paderewski, dass er einen bestimmten Plan zur Verbesserung der jüdisch-polnischen Beziehungen habe und dass die Verwirklichung dieses Planes nur mehr eine Frage von einigen Tagen sei. (Hajnt.)

— Die jüdische Volkspartei in Polen entsendet eine Delegation nach Paris und London, die aus mehreren Personen bestehen soll. Aus Warschau wurde Herr Priluzki delegiert.

— Die bekannten zionistischen Führer aus Warschau Farbstein und Podlischewski sind auf der Durchreise zur Londoner Zionistenkonferenz Anfang Februar in Berlin eingetroffen.

— Am 4. und 5. Februar fand in Warschau eine Konferenz der Hechaluz in Polen statt.

— Der Warschauer „Hajnt" publiziert eine Artikelserie von David Frischmann, betitelt „Der Bolschewismus".

— Gegenüber den in manchen Kreisen verbreiteten Gerüchten, dass die von einer Anzahl polnischer Wunderrabbis und Rabbinen eingeleitete Jischuw Erez Jisroel Aktion nur den Zweck verfolge, die jüdischen Massen dem Einfluss des Misrachi zu entziehen, hat der sehr angesehene Alexander Rabbi erklärt, dass die Absicht den Einfluss des Misrachi zu schwächen, ihm, wie auch den andern Rabbinen in Polen, ganz fern liege und dass sie vielmehr ihre Hilfe allen ehrlichen Bestrebungen zum Wiederaufbau von Erez Jisroel auf Grundlage der heiligen Thora, angedeihen lassen wollen. (Allg. Jüd. Ztg. Budapest.)

— Der Oberrabbiner von Czenstochau hat gemeinsam mit dem Rabbiner und Haupt der Jeschiwa von Zabrze und 20 andern polnischen Rabbinern einen Aufruf veröffentlicht, worin er alle Thoratreuen Juden auffordert dem Misrachi beizutreten. (Allg. Jüd. Ztg. Budapest.)

Galizien.

Lemberg. Hier findet eine von der Regierung einberufene Enquete über die Beziehungen der Juden in Polen statt. Zu dieser Enquète sind alle Parteien eingeladen worden. Die Aussprache dürfte 5 bis 6 Tage dauern.

— Der bekannte Poale-Zionistische Führer aus Galizien Dr. Max *Rosenfeld* ist am 13. Februar in der Blüte seiner Jahre der Grippe erlegen.

Ukraine.

Stanislau. Das „Jüdische Wort" veröffentlicht eine Verordnung des ukrainischen Staatssekretariats, die die Heranziehung der nichtukrainischen Zivilpersonen zur Kriegsdienstleistung ohne Waffen anordnet.

Tschecho-slovakischer Staat.

— Der Aktionsausschuss der tschechisch-sozialistischen Partei beschloss, die national-jüdischen Forderungen, die aus dem Grundsatz der Selbstbestimmung hervorgehen, bei der Regierung zu unterstützen.

In Pressburg wird demnächst eine Konferenz von Delegierten der Juden aus der Slovakei stattfinden.

Litauen.

— Im Wilnaer jüdischen Leben herrscht ein vollkommenes Chaos. Der Bund, die Poale-Zion und die Vereinigten Sozialisten sind aus der Gemeindeverwaltung ausgetreten. Der „Bund" fordert die Diktatur der Arbeitermasse. Trotzdem arbeitet die gewählte Gemeindeverwaltung nach Kräften weiter. Die Gründung einer jüdischen Volksbibliothek ist in Vorbereitung. Die Bolschewiki haben bisher das jüdische Leben in Wilna nicht angetastet. Sie beabsichtigen jetzt eine einheitliche proletarische Schule einzurichten. Die Lebensmittelpreise sind ins Ungeheure gestiegen. Ein russisches Pfund Butter kostet 60 Mark, 400 gr. Zucker 16 M., 1 Ei 2 Mk.

— Amerika beginnt wieder Unterstützung nach Litauen und Riga zu senden. Es wurden 150,000 Dollar für Riga bestimmt, 100,000 Dollar für Wilna, Kowno, Bialystock und ihre Bezirke.

Russland.

— Das Zionistische Zentral-Komitee für Russland befindet sich nach wie vor unter Leitung von Herrn Brutzkus in Petersburg. Es besteht ferner ein Rayon-Komitee in Minsk, das mit dem Büro in Petersburg und mit den Gesinnungsgenossen in Moskau in Verbindung steht. (Jüdische Rundschau.)

Vom jüdischen Leben in Moskau.

Laut Wilnaer „Letzte Nais" existiert die jüdische Gemeindeverwaltung in Moskau noch immer, nur dass sie unter sehr schweren Bedingungen zu arbeiten hat. Es fehlt an Menschen und an Geldmitteln und die Zahl der Angestellten musste verringert werden. Die Büroräume wurden beschlagnahmt, sodass die Verwaltung Unterkunft in den Nebenräumen der Synagoge findet. Von angesehenen Persönlichkeiten blieben noch in Moskau, Rabbiner Masé, Dr. Wören, Nurok, Ing. Levontin und Vertreter des „Bundes" und der Vereinigten Sozia-

listen. Das jüdische Kommissariat hat die Erlaubnis zur Eröffnung einer Volks-Universität erteilt, jedoch dürfen keine Vorlesungen in Hebräisch stattfinden. Das jüdische Schiedsgericht bei der Gemeinde fungiert wie früher. Auch der Gemeindeverband für Grossrussland existiert noch immer und arbeiten in der Leitung dieses Verbandes der Zionist Bełkowsky, Nurok seitens der Orthodoxen u. a. m. Obwohl in Moskau alle Buchhandlungen und Verlagsfirmen verstaatlicht worden sind, wurde für die Buchhandlung „Literatur" eine Ausnahme gemacht, die, als zur zionistischen Organisation gehörig, als Gesellschafts-Institution betrachtet wurde. Auch die Moskauer zionistische Organisation setzt ihre Arbeit, so gut es geht, fort. Vor einigen Wochen fand in Moskau ein grosses Abschiedsfest zu Ehren von Boris Goldberg statt, der über Paris und London nach Palästina geht. Wie verlautet, sollen ihn A. Idelsohn und M. Aleinikow begleiten.

— Der Gemeindeverwaltung von Rostow am Don, welche eine Ausnahmebehandlung für die Juden in der neuen Republik des Don reklamierte, besonders weil sich dieselben nicht der Gleichheit der bürgerlichen und politischen Rechte erfreuen, hat der Regierungschef, General Krasnow, erklärt, dass die Juden Proben ihres Patriotismus gegeben haben, und sei es daher richtig, dass sie die gleichen Rechte wie ihre Mitbürger geniessen und dass sie solche besitzen werden.

(Le Temps, Paris.)

Die Zionisten in Sibirien.

Der russische antibolschewikische Regierungspräsident empfing eine Delegation *sibirischer* Zionisten. Er erklärte sich bereit, auf der Friedenskonferenz die Interessen des Zionismus mit zu vertreten.

Rumänien.

Massenflucht jüdischer Familien.

Bukarest. Die Rumänen verüben in *Czernowitz* sowie in andern Städten der Bukowina dieselben Grausamkeiten, die sie sich in den von ihnen besetzten Gebieten Siebenbürgens und des Banats erlauben. Ein Pogrom löst den andern ab. Die rumänischen Soldaten haben Weisungen erhalten, den Pöbel nicht von Plünderungen abzuhalten. Der Bukowinaer Bevölkerung ist jede Möglichkeit genommen, vom Ausland Hilfe zu erbitten.

Zahlreiche jüdische Familien sind vor den Verfolgungen durch die rumänische Soldateska und den Pöbel von Czernowitz *nach Bukarest geflohen.* Die rumänische Polizei in Bukarest hat von ihnen die Ablegung des rumänischen Staatsbürgereides verlangt. Man wollte den Leuten zwar Pflichten aber kein Recht einräumen. Daraufhin erklärten die Juden, dass sie den Eid nicht abzulegen gesonnen seien, um so mehr, als sie sich als Nationaljuden fühlen und bei Besserung der Verkehrsverhältnisse *sofort nach Palästina auszuwandern gedenken.* Als die Rumänen darauf die jüdischen Familien aus Bukarest ausweisen wollten, wandten sich diese an den englischen Generalkonsul in Bukarest um Schutz. Tatsächlich verständigte der diplomatische Vertreter Englands die Bukarester Polizei, dass die jüdischen Familien, die die Absicht geäussert haben, nach Palästina auszuwandern, weiterhin unter dem Schutz der englischen Diplomatie in Bukarest stehen werden.

(Neues Wiener Journal)

— In der Bukowina und in Besarabien entfalten die Zionisten eine ausserordentlich grosszügige Arbeit. Fast die ganze Jugend, aber auch ein grosser Teil der älteren Generation hat sich dem Zionismus angeschlossen. Ueberall macht man ernste Vorbereitungen für Palästina. In Czernowitz sollen sich etwa 3000 Familien bereit halten, nach Palästina zu gehen. Die hebräische Sprache wird überall mit grosser Intensität gepflegt. Jüdische Schulen sind an allen Orten errichtet worden, ebenfalls hebräische Kindergärten.

(Jüdische Rundschau.)

Deutsch-Oesterreich.

Wien. Bei den hiesigen Wahlen zur Nationalversammlung ist der Kandidat der *Jüdisch-Nationalen*, Staatsbahnrat Ingenieur *Stricker* mit 7770 Stimmen gegen den Assimilanten Dr. Ofner (langjähriger Abgeordneter und einer der bedeutendsten Juristen Oesterreichs) gewählt worden.

Wien. Staatskanzler Dr. Renner erklärte, dass durch Beschluss des Kabinetsrates die Aufhebung des Erlasses über den Ausschluss der nichtdeutschen Studenten von den Hochschulen im vollen Umfang verfügt wurde. Alle Studenten können ihr Studium ungehindert fortsetzen und alle, welche gegenwärtig inskribiert sind, werden im Sommersemester wieder zur Inskription zugelassen werden.

Wien. Wie uns der Vorstand der „Vereinigung Jüdischer Forscher, Schriftsteller und Künstler, *Haruach*, in Wien" mitteilt, können auch auswärtige Personen als korrespondierende Mitglieder aufgenommen werden. Die Rechtsberatung und der Rechsschutz, den sie ihren Mitgliedern angedeihen lässt, beschränkt sich nicht nur auf Deutschösterreich. Ausser den Satzungen, welche die einzelnen Punkte aufzählen, deren Verwirklichung sich die neue Vereinigung zum Ziele setzt, wurden von ihr bisher eine Rechtsschutzordnung und ein Normal-Verlagsvertrag herausgegeben, dessen Berücksichtigung jedem Autor bei Abschluss von Verträgen im eigenen Interesse zu empfehlen ist. Die erste Nummer der soeben erschienenen Mitteilungen der Vereinigung Haruach enthält u. a. einen einleitenden Artikel über die Aufgaben und Ziele des Haruach und die erste Liste der beigetretenen Mitglieder, deren Zahl im Laufe von 4 Wochen auf 60 gestiegen ist.

Ungarn.

Die galizischen Flüchtlinge in Ungarn.

Der Korrespondent des Amsterdammer „Telegraph", Jakob Landau, intervenierte beim Budapester Stadtkommandanten wegen der galizischen Flüchtlinge. Daraufhin gestattete die Regierung den Flüchtlingen, in Ungarn bis zum 15. März zu bleiben, falls von ukrainischer

oder jüdischer Seite monatlich 90,000 Kr. zur Verteilung zwischen den Flüchtlingen erlegt werden.

Frankreich.

Paris. Die französische zionistische Föderation veranstaltete anlässlich der Ankunft der amerikanischen zionistischen Delegation in Paris einen feierlichen Empfang, bei dem u. a. anwesend waren Sokolow, Weizmann, Rosenbaum, Rosow, Slousch und Basch. Der Vorsitzende Hechter, erinnerte in der Begrüssungsrede an die Worte von Stephen Wise: *„Judäa ist das Belgien und Elsass des Jahres 1870.* Auch dieses Recht muss wieder gut gemacht werden“. Prof. Basch teilte mit, dass er ein Jahr vor der Balfour-Erklärung, von Minister Briand eine dem Zionismus günstig gesinnte Erklärung erhalten habe, die noch unveröffentlicht geblieben ist. Im Namen der amerikanischen Kommission dankte Stephen Wise und sagte: „Der Zionismus ist nicht mehr ein platonisches Verlangen einer Partei, sondern das Programm von Millionen Juden aller Länder, deren gerechte Forderungen durch die amerikanische Gesellschaft unterstützt werden. Präsident *Wilson,* dieser Träger des höchsten Idealismus *ist Zionist,* das kann ich als ein intimer Freund bestätigen.“

England.

— Die Londoner Zionistische Konferenz, die verschoben wurde, ist nunmehr für den 26. Februar festgesetzt worden.

London. Jacob de Haas und Louis Marshall, Mitglieder der jüdischen Delegation aus Amerika sind hier eingetroffen. Die übrigen Mitglieder werden erwartet.

— Gestern versammelten sich in Old Kings Hall, Commercial Str. Vertreter der jüdischen Synagogen, der den Juden freundschaftlich gesinnten Gesellschaften und der englischen Zionisten, um die Erlangung von Unterschriften für die ausserordentliche Petition, welche die Juden aller Nationen bei der Friedenskonferenz zu überreichen gedenken, zu organisieren. Die Petition, welche in Amerika angeregt worden ist, wird einen Vorschlag für gleiche bürgerliche, moralische und politische Rechte für die Juden in allen Ländern, wie für alle andern Bürger, enthalten. Herr Jacob de Haas (Sekretär der zionistischen Organisation in Amerika) sagte, dass die Juden jetzt am Vorabend zur Erlangung des Sieges für einen jüdischen Staat in Palästina seien. Sie wünschten frei zu sein, um ihr eigenes Leben zu formen und ihre eigene Entwicklung zu gestalten, mit England als Sachwalter dieses neuen Palästinas. Er habe mit verschiedenen englischen politischen Führern gesprochen und er sei froh melden zu können, dass dieselben mit dem Streben der jüdischen Nation in dieser Hinsicht sympatisieren. Die Juden in Amerika wünschen eine richtige in Palästina etablierte jüdische Demokratie zu sehen und es sei kein Zweifel, dass die englischen Juden diesen Wunsch unterstützen. Die Versammlung nahm eine Anzahl, vom amerikanischen Juden-Kongress genehmigter Vorschläge an und beschloss einen grossen Feldzug (campaign) durchzuführen, um Unterschriften für die Petition zu erhalten.

(„Daily Telegraph“, London, 7. Januar 1919.)

Griechenland.

— *Saloniki.* Die zionistischen Gesellschaften verhandeln mit dem Palästina-Amt, um eine Uebersiedlung griechischer Juden (hauptsächlich aus Saloniki) nach Palästina in die Wege zu leiten.

— Das „Jüdische Korrespondenzbureau Zürich“ teilt nach einer Meldung der Agence d'Athènes mit: Die Zionistische Föderation in Saloniki dementiert offiziell die Nachricht der „Idea Nazionale“ in Rom, nach welcher eine jüdische Mission ins Ausland gereist wäre, um die Proklamation Salonikis als einer freien Stadt und Hafens durchzusetzen. Der Präsident der Föderation, David *Florentin,* ist nach Paris und London gereist, mit dem ausschliesslichen Mandat der zionistischen Konferenz in London beizuwohnen und mit dem zionistischen Bureau in Paris bezüglich der palästinensischen Frage in Verbindung zu treten.

Türkei.

— Der türkische Grossrabbiner *Haim Nahum Effendi,* (der Chacham Baschi der gesamten Judenheit der Türkei) der vor einigen Wochen als Spezialgesandter der Türkei über Berlin und den Haag nach Amerka reiste, um dort die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen anzubahnen, ist von der Hohen Pforte zum ersten türkischen Botschafter in Amerika ausersehen. Auf seiner Durchreise äusserte sich Haim Nahum Effendi in Berlin zu Dr. A. Sussnetzki u. a. wie folgt: „Dass mir die Erfüllung meiner Aufgabe nicht zu schwer fallen wird, hoffe ich zuversichtlich. Schon lange vor dem Kriege hat Amerika in der Türkei wirtschaftliche Interessen verfolgt und wird sie nach dem Kriege unzweifelhaft in noch grösserm Masse verfolgen. Damit wäre eine *reale Basis* gegeben, auf der sich weiterbauen liesse. Möge es mir vergönnt sein, im Dienste meines Vaterlandes und im Interesse des geplanten „Völkerbundes“ etwas Erspriessliches zu leisten“.

Die türkische Regierung würde es mit Freuden begrüssen, wenn Washington Haim Nahum das Agrément erteilte, zu welchem Zwecke ihm bereits in Konstantinopel der Excellenz-Titel verliehen wurde. Ebenso ist es ein besonderer Wunsch der Hohen Pforte, dass *Abraham Elkus,* der ein intimer Freund Haim Nahums ist, wieder Vertreter der Vereinigten Staaten in der Türkei werde.

(Allg. Z. d. Jud. Berlin.)

Amerika.

Palästina unter Amerika?

— Der „Corriere della Sera“ meint, dass Präsident Wilson bei seinem Aufenthalt in Washington sich orientieren werde, ob die öffentliche Meinung der Vereinigten Staaten der Annahme eines internationalen Mandates über Konstantinopel, *Palästina* und Armenien beitrete.

— Der 11. Delegiertentag der Poale-Zion in Amerika hat ein ausführliches Programm für den Aufbau Palästinas aufgestellt, das unter anderem vollkommene nationale Gleicherechtigung aller in Palästina lebenden Völkerschaften, vollkommene Gleichberechtigung der jid-

dischen und hebräischen Sprache in Schule, Gericht und Verwaltung, Sozialisierung des Bodens, der Wasserkräfte, Bergwerke und Verkehrsmittel, Einführung eines gesetzlichen Minimallohns in Landwirtschaft und Industrie, Unterstützung der genossenschaftlichen Unternehmungen verlangt.

— In Amerika fordern die Poale-Zion die Zulassung der jiddischen Muttersprache als Unterrichtsfach, sowie Unterricht in jüdischer Literatur und Geschichte in allen amerikanischen Volksschulen in den Schuldistrikten wo die Juden die Mehrheit haben.

— In Bälde soll in Amerika ein Kongress der jüdischen Arbeiterschaft stattfinden, der von sämtlichen jüdischen Arbeiterparteien und Gewerkschaften beschickt werden wird. Der Kongress hat zu seinem Ziele die Organisation der Repräsentanz der gesamten jüdischen Arbeiterschaft Amerikas.

— „Jewish Chronicle" meldet: „Aus den letzten Berichten geht deutlich hervor, dass die in New-York für den jüdischen Kriegsunterstützungsfonds ausgeschriebene Spende von 5 Millionen Dollar *überzeichnet* werden wird. Den grössten Einzelbetrag steuerte Mr. Natan Strauss in Höhe von 200,000 Dollar bei. Mr. Jacob H. Schiff und Mr. Felix M. Warburger gaben je 100,000 Dollar. Viele der ganz bedeutenden Beträge kamen aus nichtjüdischen Häusern und Persönlichkeiten.

Palästina.

— Nach einer Mitteilung der Weltwirtschaftszeitung hat das System der während des Krieges geschaffenen Bahnstrecken zwischen dem ägyptischen Schienennetz und der Bahnlinie Jaffa-Jerusalem durch die Vollendung der Drehbrücke über den Suezkanal bei Kantara seinen Schlusstein erhalten. Damit ist eine ungefähr 300 Kilometer weite Lücke zwischen den Bahnstrecken Afrikas und Asiens geschlossen worden. Einstweilen ist die neue Bahnverbindung noch dadurch beeinträchtigt, dass die ägyptische Spurweite etwas grösser ist, als die der syrischen Bahnen; aber auch das wird voraussichtlich für die Hauptstrecken geändert werden.

— In der Wiener Morgenpost behandelt Dr. Braver die Frage der Schaffung einer Bekleidungsindustrie in Palästina. Während bisher Oesterreich und speziell Wien mit ihren billigen Waren mit der bessern aber teuerern englischen Ware leicht konkurrieren konnte, dürften sich diese Verhältnisse mit dem Krieg von Grund aus geändert haben. Es ist anzunehmen, dass Palästina viel eher und leichter Rohstoffe erhalten wird als Wien. Der Bedarf an europäischer Kleidung ist derzeit im Orient ein bedeutender, da jetzt Viele die frühere nationale Tracht ablegen. Es gibt dort also jetzt viel Arbeit für Männer- und Frauenschneider, ebenso grosser Bedarf an Kragen, Manscheten und Krawatten, alles Waren die bisher Wien zu liefern pflegte. Ebenso dürfte an vielen Orten, mit dem Abzug der Türken, jetzt auch der Fez verschwinden. Es dürfte also nicht schwer sein, die Bekleidungsindustrie in Palästina einzuführen. Kaufleute, die nach Palästina zu gehen beabsichtigen, täten also gut, vor ihrer Abreise, über diese Frage sich in Wien genau zu informieren.

— Der erste Band einer jüdischen Statistik Judäas ist vollendet worden. Er enthält zehn gesonderte Tabellen über die Zahl der Familien und ihre Abstammung, Geschlecht, Alter, Beruf, Auswandererland u.s.w. Die Kolonien Judäas haben ihre Einwohnerzahl etwa behalten, aber in den Städten Jerusalem, Jaffa, Hebron ist die Zahl fast um die Hälfte gesunken.

— Ein Zeichen für die Hebraisierung Palästinas ist es, dass der Unterricht in der Ackerbauschule Mikweh Jsrael, der bisher in französischer Sprache erteilt wurde, nunmehr Hebräisch erfolgt.

— Der englische Archäologe Flinders Petrie schlägt vor, die Altertumsforschung in Palästina in die Hände des jüdischen Staates zu legen. In Alt-Jerusalem soll nicht weiter gebaut werden, damit dort wissenschaftliche Ausgrabungen ungestört unternommen werden können.

— Die englische Militärzeitung beginnt ein englisch-hebräisches und hebräisch-englisches Wörterbuch unentgeltlich herauszugeben. Das Wörterbuch ist von Prof. Benedana verfasst.

— Unter der Leitung des Herrn Hopenko wurde in Jerusalem eine *Musikschule* eröffnet.

— Laut „Financial Times" hat die Anglo-Egyptian Bank in Haifa eine Zweigstelle eröffnet.

Schweiz.

— *Bern.* Götschel (Bern) beantragte in der schweiz. Nationalversammlung die Aufhebung des Schächtverbotes für die Schweiz.

— Der bekannte Zionist Dr. Jakob Klatzkin, Leiter der philosophischen Abteilung des Verlages Stiebel, Kopenhagen, ist in die Schweiz zurückgekehrt und nimmt dauernden Aufenthalt in Montreux.

Presse.

— In Kiew beginnt demnächst eine jüdische zionistische Tageszeitung „Die Welt" zu erscheinen.

— Die Warschauer zionistische Zeitung „Das jüdische Volk" erscheint seit Mitte Januar als Tageblatt.

— Unter der Leitung von Morris Mayer, Herausgeber der jüdischen „Times" in London wird demnächst ein jidisches Wochenblatt „Die Zeit" in Paris erscheinen.

— „Die Liga der Freunde des Zionismus", deren Broschüren über den Zionismus bekannt sind, hat die Herausgabe eines wöchentlichen Bulletins, „La Palestine Nouvelle" beschlossen, dessen erste Nummer in Paris am 15. Dezember erschienen ist.

— Die zionistische volks-sozialistische Partei „Hapoel Hazair" gibt eine neue Zeitschrift „Die Arbeit" heraus, deren erste Nummer am 15. Januar erschienen ist. „Die Arbeit" ist als Organ bestimmter Parteianschauungen gedacht und will besonders die Verbindung mit dem Hapoel Hazair in Palästina, mit der Hechaluzbewegung und mit den Zeire Zion herstellen.

Verlags-Notizen.

— Von L. Chasanowitsch, dem Poale-Zion-Delegierten zur Berner Internationalen Sozialisten-Konferenz ist soeben „Die polnischen Judenpogrome, Tatsachen und Dokumente" erschienen.

— Im Verlage der Macmillan in New-York ist von Dr. Boris D. Bogen unter dem Titel: „Jewish Phylanthropy" eine Darstellung der Prinzipien und Methoden der jüdischen sozialen Betätigung in den Vereinigten Staaten erschienen.

— In einem grossen Buche „Sociological Study of the Bible" legt Louis Wallis dar, wie die Religion der Bibel durch einen grossen Kampf um die soziale Gerechtigkeit entstanden ist.

— Das im Jüdischen Verlag Berlin soeben erschienene Buch „Probleme des modernen Judentums" von Jakob Klatzkin, ist in der Schweiz durch Fr. Ruedi, Jumelles 3, Lausanne und durch die grossen Buchhandlungen zu beziehen. Preis Fr. 7.—.

Die „J.P.Z." ist eine Privatagentur — Die Mitteilungen der „J.P.Z." erscheinen unperiodisch — Druck von Kopp-Tanner, Zürich